

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 2/2001
Jutta Graf/Viola Neu

POLITIKKOMPASS

Schröders Führungskraft umstritten

- **Das politische Klima: keine Vorteile für die Opposition**
- **Bewertung der Vergangenheit von Joschka Fischer**
- **Der BSE-Skandal: wichtigstes Thema im Januar**
- **Skepsis gegenüber Rentenreform**

Sankt Augustin, Februar 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu/Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und
Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249 / -259
E-Mail: viola.neu@kas.de
jutta.graf@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Das politische Klima:¹ keine Vorteile für die Opposition

Wie schon Ende letzten Jahres ergeben sich nur geringe Veränderungen im Meinungsklima. Die SPD liegt in der Wählergunst vor der Union. Ebenso sind bei den kleineren Parteien nur marginale Veränderungen messbar. Auch die Zufriedenheit mit der Regierung hat sich im Vergleich zum Vormonat nicht verändert (je 0,5 auf der von +5 bis -5 reichenden Sympathieskala der Forschungsgruppe Wahlen).

Entwicklung der Wähleranteile im Januar - Bundesgebiet insgesamt -				
	Infratest dimap	Forschungsgruppe Wahlen	Institut für Demo- skopie Allensbach	Emnid
CDU/CSU	37	38	33,1	39
SPD	38	41	39,1	38
Bündnis 90/Die Grünen	7	6	7,3	6
FDP	9	6	9,7	7
PDS	5	5	6,3	5
REP (bzw. Rechte)			1,1	3
Sonstige	4	4	3,4	2
Angaben in % der Wähler Infratest dimap (4.- 9. Januar 2001) Forschungsgruppe Wahlen (15.-18. Januar 2001) Institut für Demoskopie Allensbach (5.- 16. Januar 2001) Emnid (n-tv vom 20. Januar 2001)				

Diese Stabilität im Meinungsklima mag angesichts der Bewegungen auf der politischen Bühne überraschen. Immerhin legten aufgrund der BSE-Krise zwei Bundesminister ihr Amt nieder und es kam zu einer heftigen Debatte um die linksradikale Vergangenheit der Minister Fischer und Trittin. Allerdings scheint weder die Debatte um die linksradikale Vergangenheit noch der Rücktritt von Andrea Fischer und Karl-Heinz Funke einen Schatten auf die Wahrnehmung der Bundesregierung zu werfen. Die BSE-Krise wird durch den Rücktritt der Minister nicht als behoben angesehen, vielmehr sehen 55 Prozent der Deutschen darin Ausdruck einer größeren Regierungskrise (Infratest dimap). Auch ist das Vertrauen in die Führungskraft von Schröder nicht groß. So haben nur 42 Prozent der Befragten Vertrauen in die Führungskraft des Kanzlers und 56 Prozent stehen dem kritisch gegenüber.

¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland, Trend Januar 2001, Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar 2001; Noelle-Neumann, E., Die Weihnachtspause, FAZ vom 24. Januar 2001; Emnid n-tv vom 20. Januar 2001; Image des Kanzlers als Krisenmanager hat gelitten, Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2001.

Vertrauen in Schröder

Nach 2 Jahren Regierung Schröder sind 7 von 17 Ministern nicht mehr im Amt. Weitere Minister stehen in der Kritik. Wie groß ist Ihr Vertrauen in die Führungskraft Gerhard Schröders. Würden Sie sagen, sehr groß, groß, gering oder sehr gering?



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Infratest dimap (Januar 2001)

Der Opposition ist es jedoch nicht gelungen, von dieser Stimmung zu profitieren. Im Vergleich zum Oktober ist der Anteil derjenigen, die glauben, dass die CDU/CSU-Opposition besser in der Lage wäre die anstehenden Probleme zu lösen, gesunken. 55 Prozent (+6 Punkte) der Deutschen glauben nicht, dass die Union die Probleme besser als die amtierende Bundesregierung lösen könne, 27 Prozent (-2 Punkte) sind der Ansicht, dass die Union hierzu in der Lage wäre. Allerdings ist die Bevölkerung hier stark gespalten. Während 67 Prozent der Unions-Anhänger eine bessere Problemlösung bei CDU/CSU sehen, findet sich ansonsten lediglich bei den FDP-Anhängern eine größere Anzahl (44 Prozent) von Wählern, die die Union bevorzugen würden. In den Gruppen, die noch unentschieden sind, findet die Union hingegen eine nur unterdurchschnittliche Zustimmung. In der Wählerschaft der SPD, in der auch ein Wechselwählerpotential schlummert, ist die Erwartung der besseren Problemlösung durch eine CDU/CSU-Regierung mit 6 Prozent deutlich unterrepräsentiert.

CDU/CSU-Opposition

Könnte eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen oder wäre sie dazu nicht in der Lage?



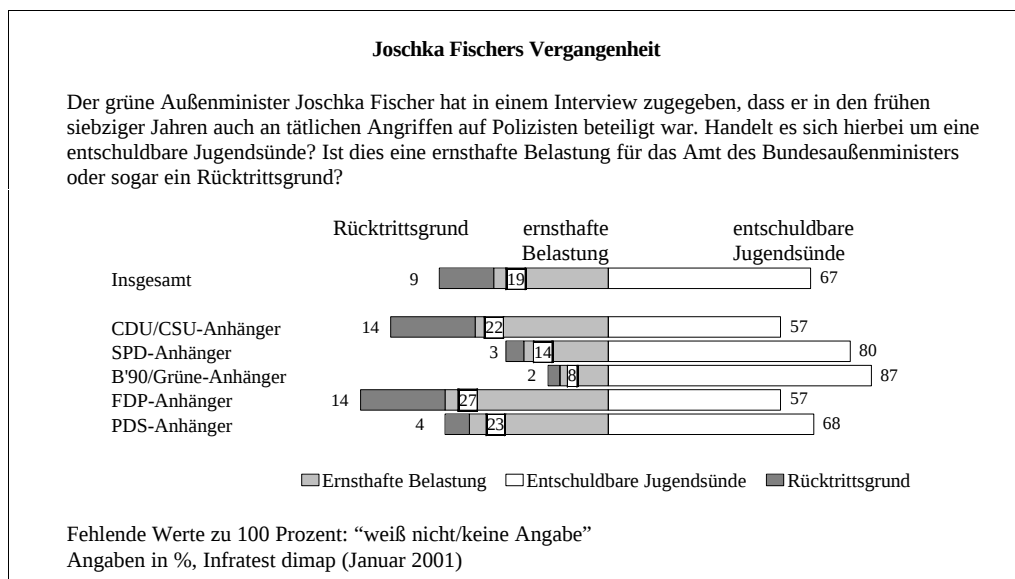
(Angaben in Klammern : Vgl. zum Oktober 2000)
Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Infratest dimap (Januar 2001)

Dass es der Opposition derzeit nicht gelingt, aus der Krise Gewinn zu ziehen, zeigt sich auch an der Bewertung von Schröder. Schröders Popularität ist trotz der Probleme der Regierung fast unverändert hoch.

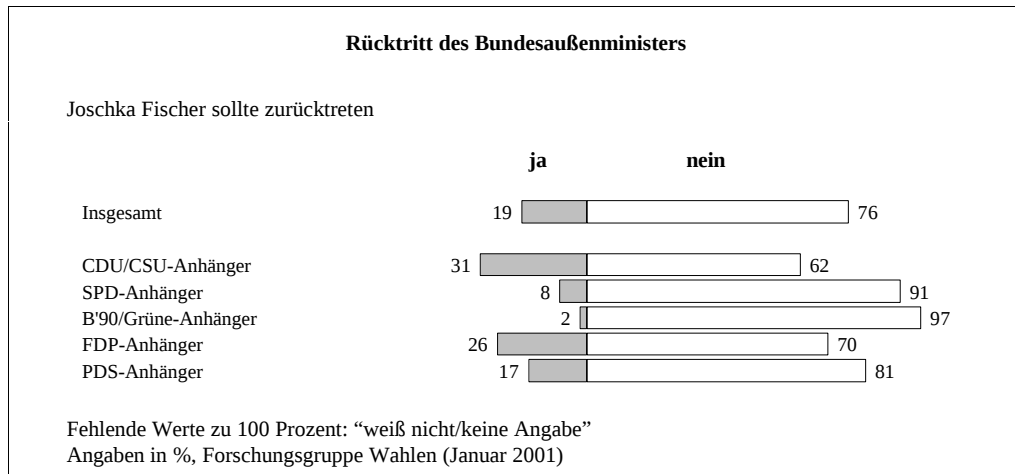
Bewertung der Vergangenheit von Joschka Fischer

Nachdem in der Presse ein Bild aus den 70er auftauchte, das Außenminister Fischer in einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit einem Polizisten zeigte, ist nicht nur eine Debatte um die Bewertung der 68er Generation und ihrer Folgen entstanden, auch die Person Fischers stand im Mittelpunkt der Kritik. Auch wenn Fischer etwas an Sympathie eingebüßt hat, befindet er sich noch immer auf einem Spitzenplatz in der Sympathieskala. Bei Infratest dimap liegt er mit 69 Prozent (-2 Prozent im Vergleich zum Dezember) auf Platz 1 der Zufriedenheit mit Spitzenpolitikern, bei der Forschungsgruppe Wahlen ist er von Platz 1 auf Platz 2 der Sympathieskala abgesunken (Mittelwert im Januar 1,6; im Dezember 2,2).

Die Notwendigkeit von Konsequenzen für Fischer aufgrund seiner Vergangenheit wird mehrheitlich abgelehnt. Nach einer Frage von Infratest dimap sehen 67 Prozent der Befragten in Fischers Verhalten eine entschuldbare Jugendsünde, 19 Prozent erkennen eine Belastung für das Amt und nur 9 Prozent sehen darin einen Rücktrittsgrund. Hier sind sich die Anhänger der unterschiedlichen Parteien weitgehend einig. Auch die Mehrheit der Anhänger der Union (57 Prozent) ist der Ansicht, dass es sich um eine entschuldbare Jugendsünde handelt.

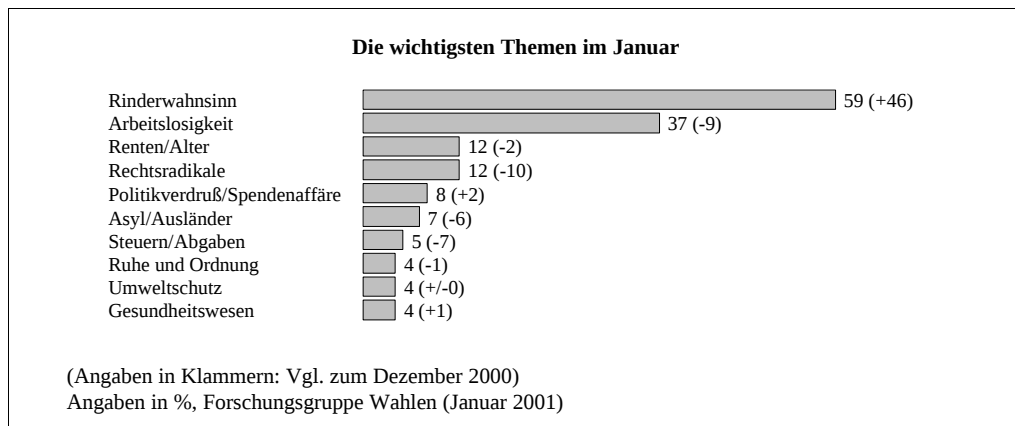


Auch das Fragemodell der Forschungsgruppe Wahlen, das nur zwei Antwortalternativen vorsieht, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen. Danach sehen 76 Prozent der Befragten nicht die Notwendigkeit eines Rücktritts des Außenministers und nur 19 Prozent hielten dies für richtig.

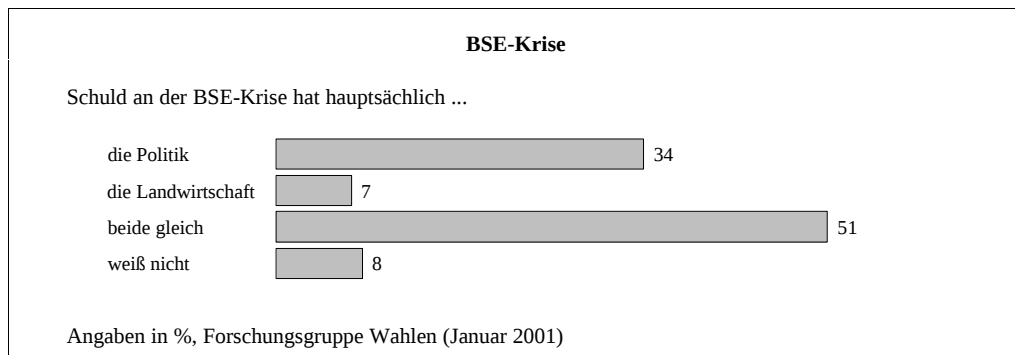


Der BSE-Skandal: wichtigstes Thema im Januar

Der BSE-Skandal ist innerhalb von einem Monat an die Spitze der wichtigsten Themen hochgeschossen. Während im Dezember 13 Prozent Rinderwahnsinn/BSE nannten, waren es im Januar 59 Prozent der Deutschen (+46 Punkte). Dennoch glauben nur 17 Prozent der Deutschen (Dezember 21 Prozent), dass ihre Gesundheit durch BSE stark gefährdet sei (Forschungsgruppe Wahlen). Somit scheint die persönliche Betroffenheit als Grund für die Wichtigkeit dieses Themas eher auszuschneiden. Dies spricht dafür, dass sich BSE nicht als Dauerbrenner auf der politischen Agenda verfestigen wird. Eher ist anzunehmen, dass es sich hierbei um ein politisches Strohfeuer handelt.



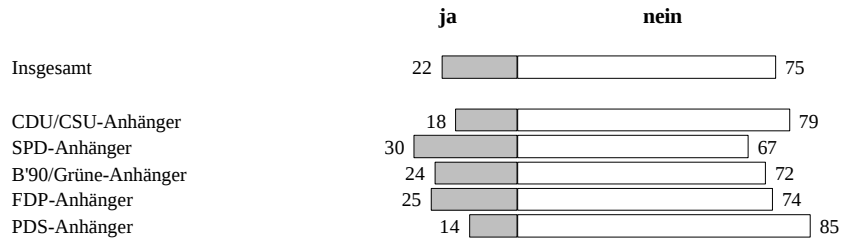
Nach den Schuldigen der BSE-Krise gefragt, ist die Mehrheit der Bundesbürger (51 Prozent) der Ansicht, dass Politik und Landwirtschaft gleichermaßen verantwortlich seien. Ein gutes Drittel sieht die Hauptverantwortung bei der Politik, 7 Prozent nur bei der Landwirtschaft.



Von dem Rücktritt von Fischer und Funke verspricht sich dementsprechend auch nur eine Minderheit von 22 Prozent eine bessere Lösung des Problems. Drei Viertel der Bundesbürger glauben nicht an eine bessere Problemlösung. Hier sind sich die Anhänger der unterschiedlichen Parteien auch weitgehend einig. Selbst im Lager der Regierungsparteien dominiert der Zweifel, dass dies zu einer besseren Lösung der Probleme führt. Die Bereitschaft, für gesunde Lebensmittel auch mehr zu zahlen, ist in der Bevölkerung fast einstimmig gegeben. 92 Prozent der Deutschen sind bereit, für gesündere Lebensmittel auch höhere Preise zu akzeptieren (Forschungsgruppe Wahlen).

Rücktritt von Fischer und Funke

Durch den Rücktritt von Fischer und Funke können die Probleme der BSE-Krise jetzt besser gelöst werden:



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Forschungsgruppe Wahlen (Januar 2001)

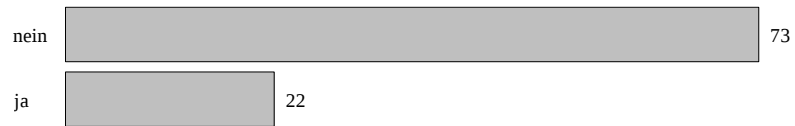
Auch wenn die Zweifel an der Lösung der BSE-Krise weit verbreitet sind, hat der Rücktritt der Minister Fischer und Funke in der Sicht der Bevölkerung der Regierung eher genutzt (48 Prozent). Nur 33 Prozent glauben, dass die Rücktritte eher geschadet hätten (Infratest dimap, Frankfurter Rundschau, 13.1.2001).

Skepsis gegenüber Rentenreform

Die Rentenreform wird nach wie vor kritisch bewertet. 73 Prozent der Deutschen befürchten, dass die Rente auch nach den Plänen der Bundesregierung nicht gesichert sein wird. Eine Mehrheit der Deutschen sieht hier ein Handlungsfeld der Union. So sind 67 Prozent der Ansicht, dass die Union auf Nachbesserungen bestehen soll (Emnid, in: Die Welt vom 22.1.2001).

Sicherheit der Renten

Glauben Sie, dass die Rente nach den Plänen der Bundesregierung sicher ist?

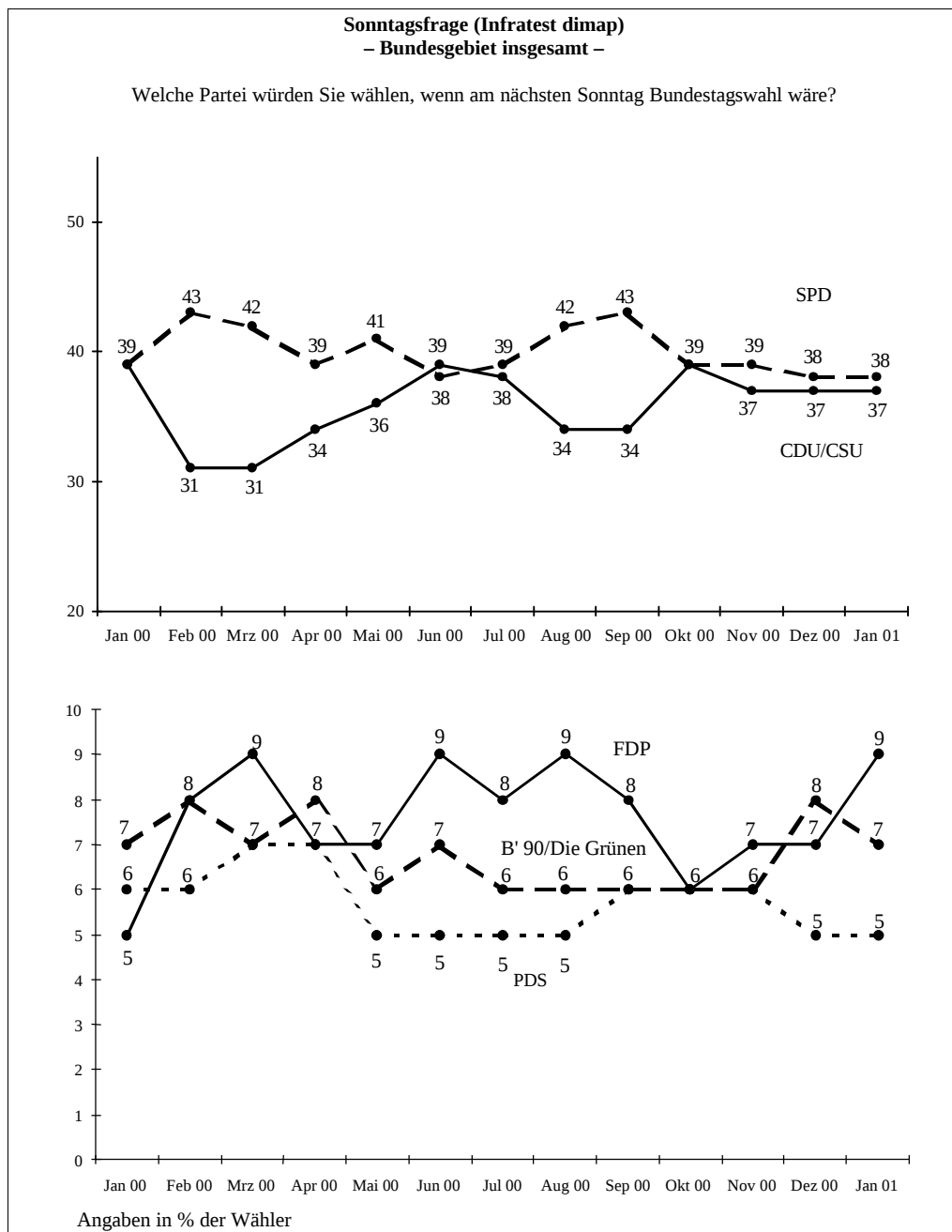


Fehlende Werte zu 100 Prozent: "keine Angabe"
Angaben in %, Emnid n-tv, Januar 2001

Nach einer Umfrage von Forsa (DPA-Meldung vom 19.1.2001) sprechen sich 42 Prozent der Deutschen für eine höhere Eigenbeteiligung aus. Jeweils 11 Prozent plädieren für eine Senkung des Rentenniveaus unter 67 Prozent bzw. für längere Lebensarbeitszeiten. 9 Prozent stimmen für eine verstärkte Zuwanderung von Ausländern.

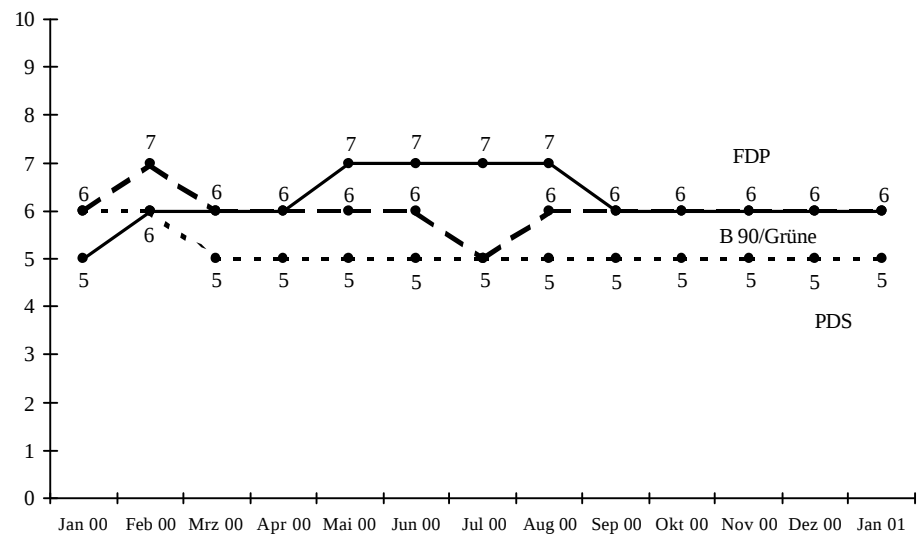
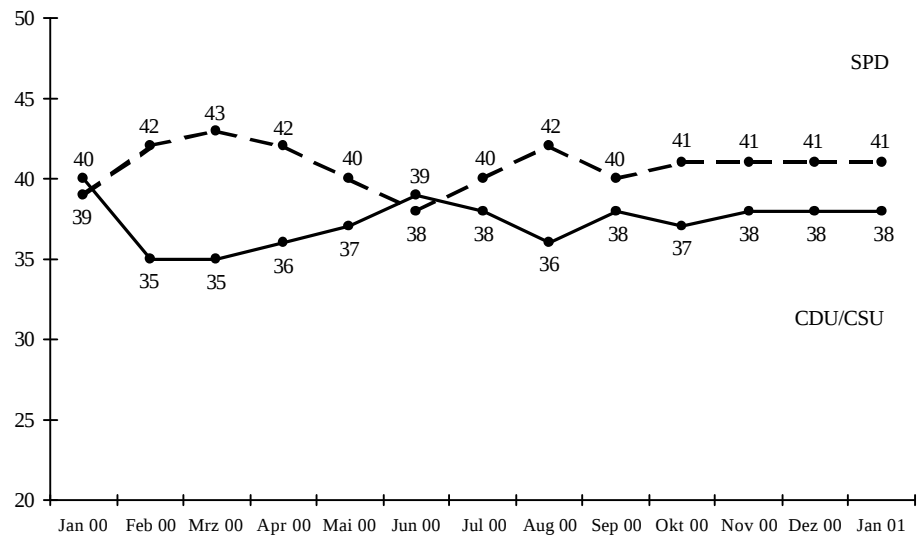
Anhang:

Zusammenschau langfristiger Trends



Sonntagsfrage (Forschungsgruppe Wahlen) - Bundesgebiet insgesamt -

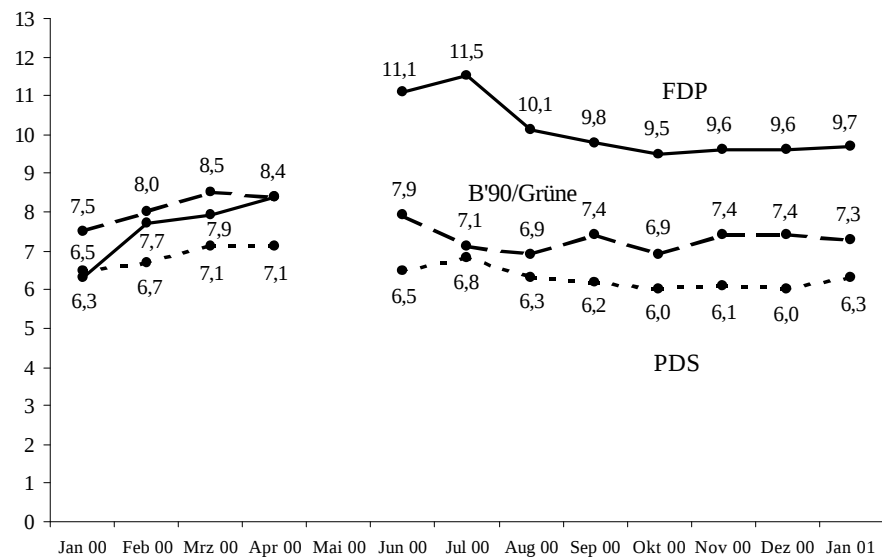
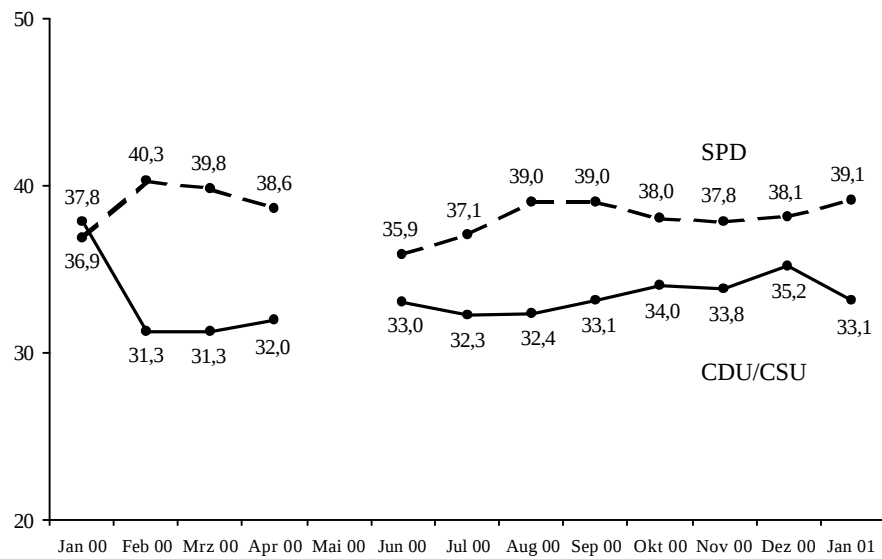
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...



Angaben in % der Wähler

Sonntagsfrage (Institut für Demoskopie Allensbach) - Bundesgebiet insgesamt -

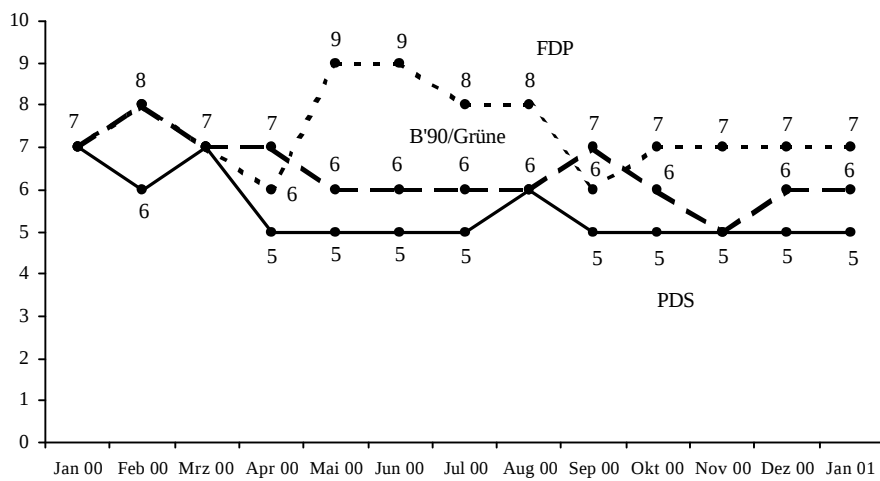
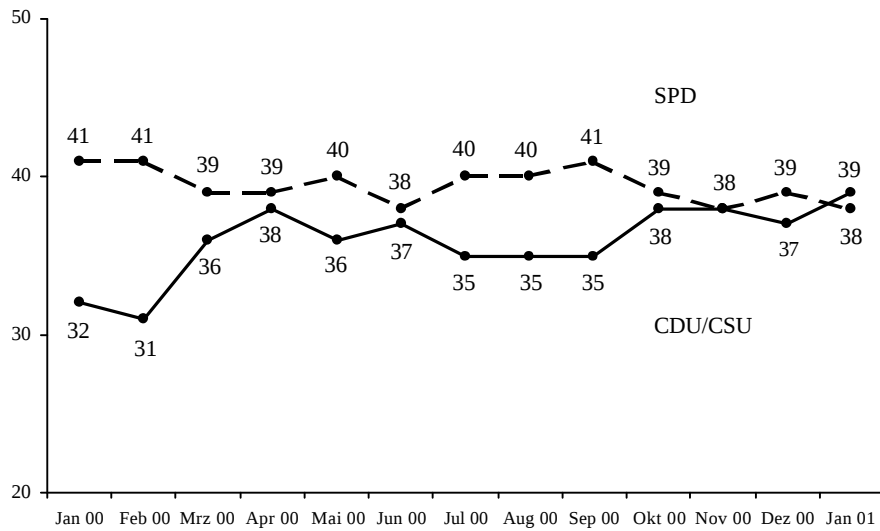
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



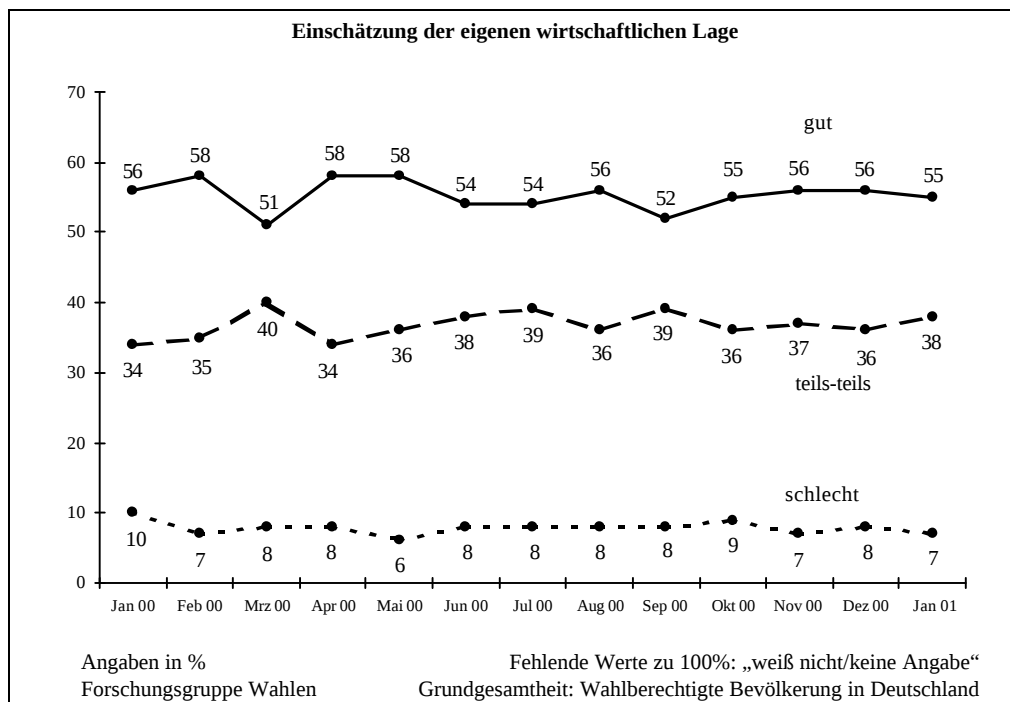
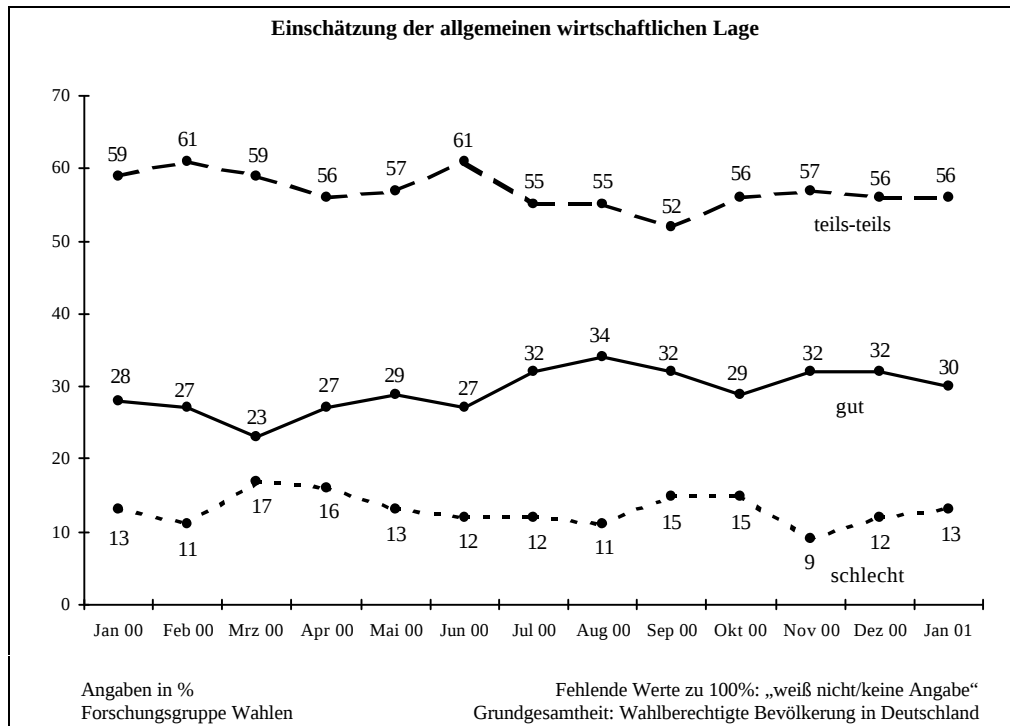
Angaben in % der Wähler

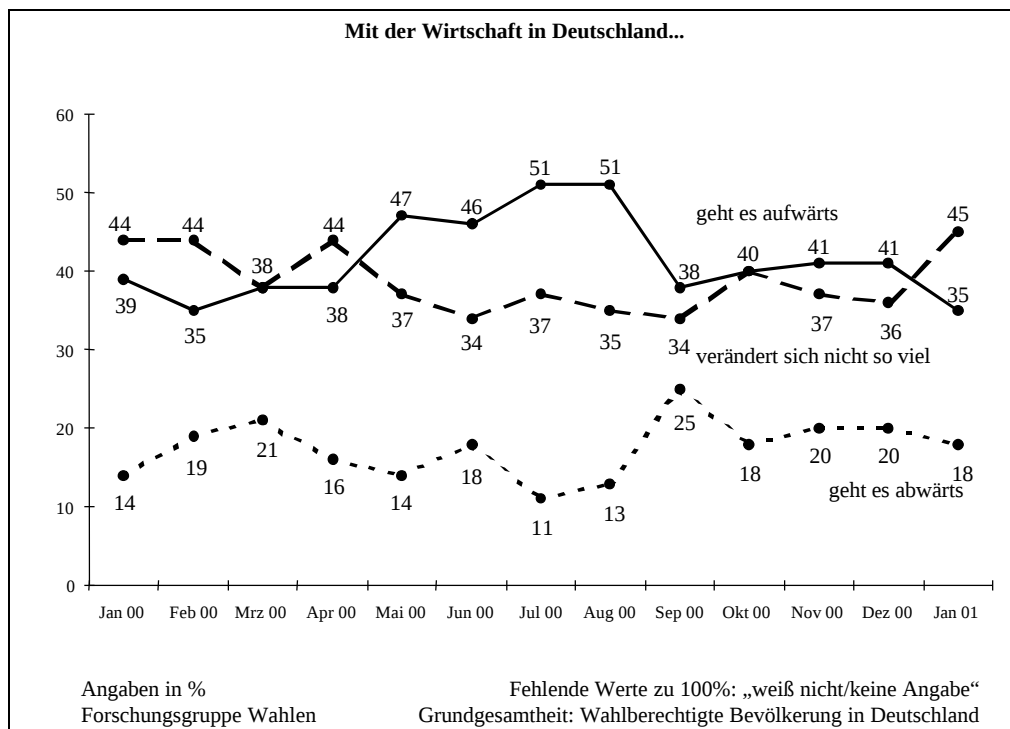
Sonntagsfrage (Emnid) - Bundesgebiet insgesamt -

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?



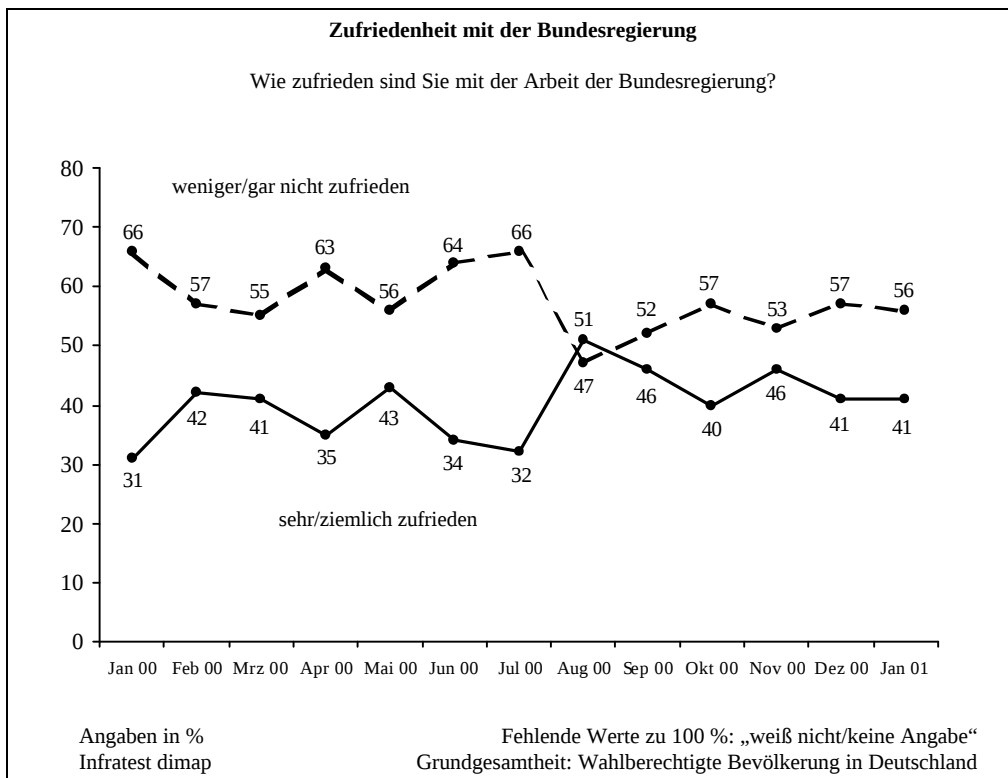
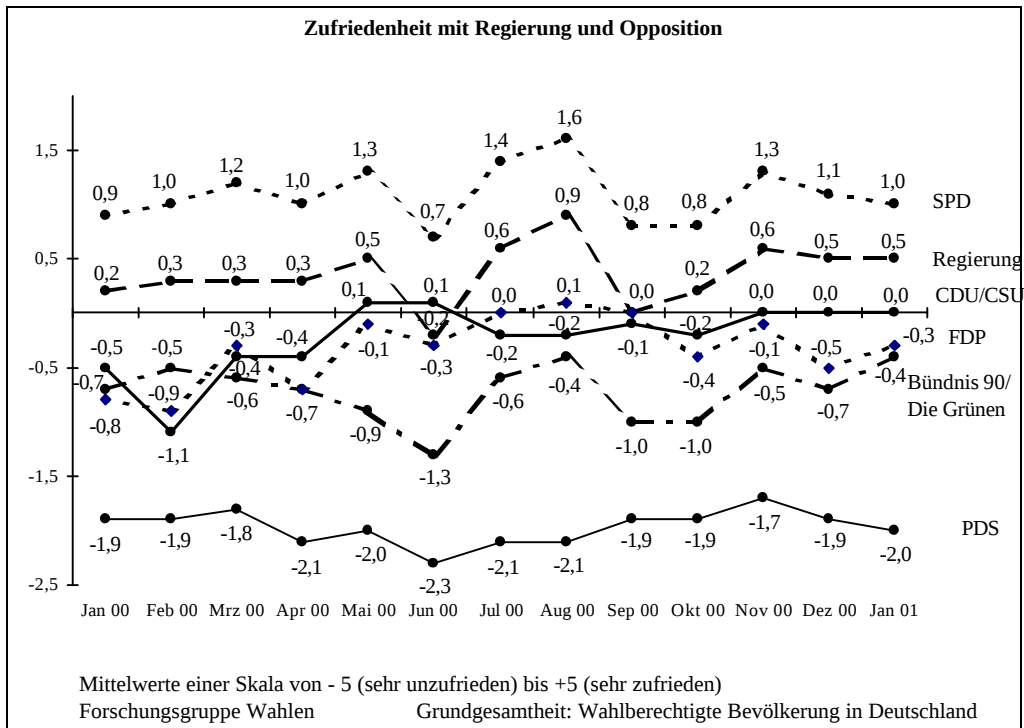
Angaben in % der Wähler

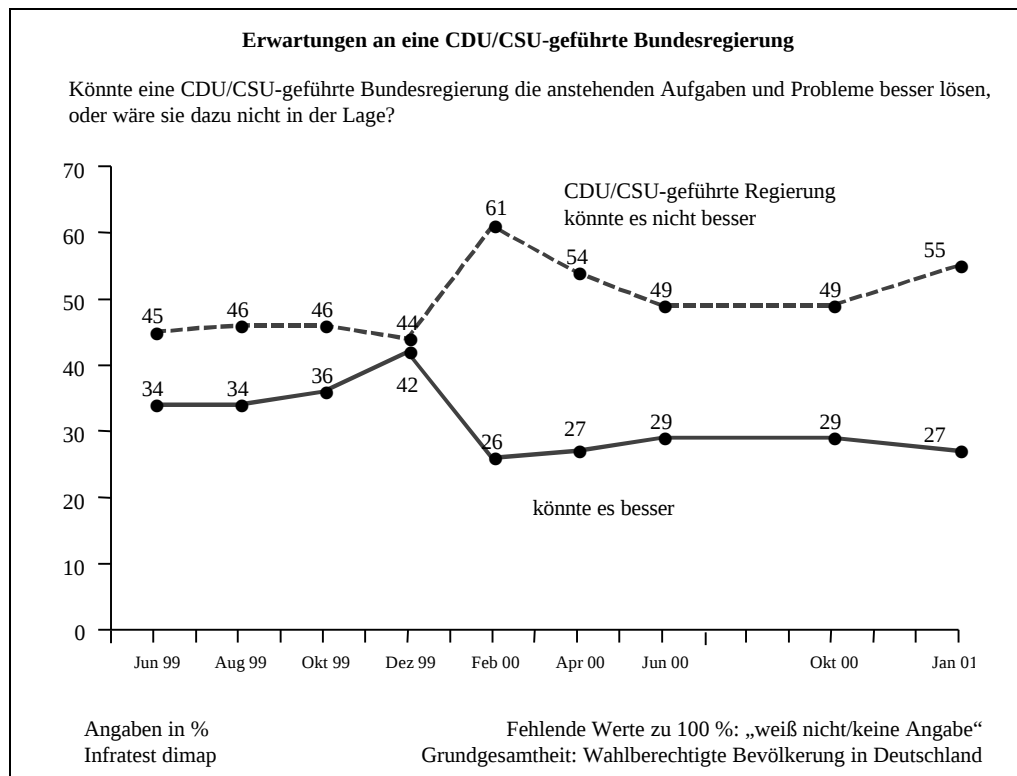


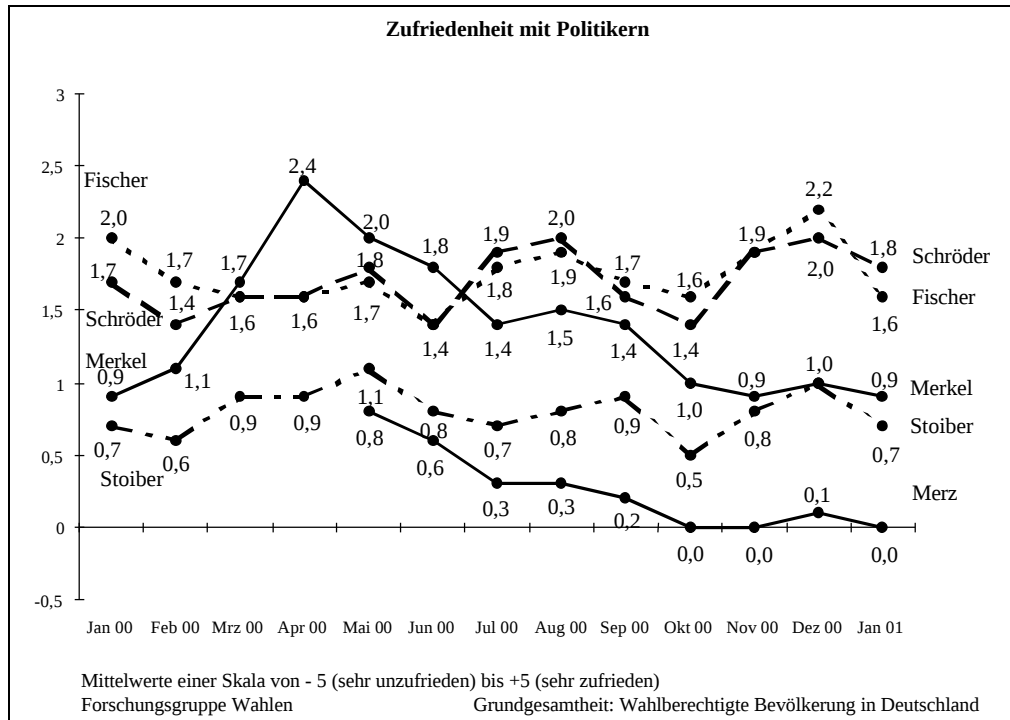


Wichtigkeit politischer Probleme (- spontane, offene Nennung -)													
In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?													
	Jan 00	Feb 00	Mrz 00	Apr 00	Mai 00	Jun 00	Jul 00	Aug 00	Sep 00	Okt 00	Nov 00	Dez 00	Jan 01
Arbeitslosigkeit	59	54	66	67	67	58	55	52	38	46	44	46	37
Rechtsradikale						2	5	35	13	23	24	22	12
Renten/Alter	8	6	6	9	7	17	21	14	12	11	19	14	12
Steuern/Benzinpreise/Energie	8	5	6	6	7	18	16	11	48	22	12	12	5
Asyl/Ausländer	6	7	9	12	13	13	11	10	8	14	15	13	7
Politiker-Affären/Spenden	44	51	28	21	10	6	11	7	6	6	7	6	8
Umweltschutz	6	5	5	6	8	10	4	6	4	5	5	4	4
Kriminalität	4	4	6	5	6	6	5	4	4	4	5	5	4
Kosten/Preise								2	7	5	3		
EU/EURO				1	4	4		2	5	6	5	6	
Rinderwahnsinn/BSE												13	59
Gesundheitswesen												3	4

Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen







Zufriedenheit mit Politikern												
	Merkel	Merz	Stoiber	Schröder	Eichel	Riester	Scharping	Fischer	Trittin	Möller	Westerwelle	Künast
Okt 99			0,7	0,5	0,6		1,0	1,8				
Nov 99			0,9	0,6	0,7		0,9	1,6				
Dez 99			0,7	1,2	0,9		1,0	1,9				
Jan 00	0,9		0,7	1,7	1,2		1,0	2,0				
Feb 00	1,1		0,6	1,4	0,9		0,8	1,7				
Mrz 00	1,7		0,9	1,6	1,1		0,8	1,6				
Apr 00	2,4		0,9	1,6	1,0		0,7	1,6				
Mai 00	2,0	0,8	1,1	1,8	1,3		0,9	1,7				
Jun 00	1,8	0,6	0,8	1,4	0,8		0,7	1,4				
Jul 00	1,4	0,3	0,7	1,9	1,2		0,7	1,8	-0,8	-0,1		
Aug 00	1,5	0,3	0,8	2,0	1,7		0,8	1,9	-0,6	-0,1		
Sep 00	1,4	0,2	0,9	1,6	1,0		0,5	1,7	-1,1	-0,1		
Okt 00	1,0	0,0	0,5	1,4	0,9	0,0	0,4	1,6	-1,0	-0,5		
Nov 00	0,9	0,0	0,8	1,9	1,2	0,4	0,8	1,9	-0,5	-0,1		
Dez 00	1,0	0,1	1,0	2,0	1,1	0,3	0,6	2,2	-0,6	-0,4		
Jan 01	0,9	0,0	0,7	1,8	0,9	0,1	0,4	1,6			0,3	0,3

Mittelwerte einer Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden)
 Forschungsgruppe Wahlen Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Zufriedenheit mit Politikern												
	Merkel	Merz	Stoiber	Meyer	Schröder	Eichel	Riester	Fischer	Gerhardt	Westerwelle	Möller-mann	Zimmermann
Okt 99			44		36	39	24	76	16			
Nov 99			47		31	40	23	67	15			
Dez 99			49		45	44		70	21			
Jan 00	41		44		52	50		71	17			
Feb 00	56		48		58	53		77	22			
Mrz 00	62	25	44		59	46		68	22			
Apr 00	70	25	47		59	45		72	27			
Mai 00	70	30	51		57	50		70	28			
Jun 00	65	29	47		56			67	24			
Jul 00	60	26	47		57	45		66	24			
Aug 00	62	29	48		69	57		79	30			
Sep 00	59	27	45		64	59		73	27			
Okt 00	55	26	47		53	45	30	68	23			
Nov 00	55	26	45		58	47	30	71	23			8
Dez 00	51	28	47	18	61	48	31	71	26			9
Jan 01	54	29	47	17	62	47	32	69	26	42	23	9
Angaben in %; Anteile sehr/ziemlich zufrieden												
Infratest dimap Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland												